

BESPRECHUNGEN

Gesellschaft und Politik

Der Eurokommunismus, Demokratie oder Diktatur? Hrsg. v. Manfred SPIEKER. Stuttgart: Klett-Cotta 1979. 252 S. Kart. 18,-.

Wie wird die Entwicklung eurokommunistischer Parteien weitergehen? Nach den jüngsten Parlamentswahlen in Italien mit den Verlusten für die KPI ist das Angebot des „Historischen Kompromisses“ dem Parteichef Berlinguer von den eigenen Genossen als Ursache des Debakels vorgehalten worden, eine Verschärfung des bisherigen Kurses also sehr gut möglich; der französische Parteichef Marchais ist auf dem Parteitag im Mai wieder auf die Linie der KPdSU eingeschwenkt; durch den Beschluß der spanischen Sozialisten, sich als marxistische Partei zu bestimmen, ist indirekt auch die spanische KP genötigt worden, am Marxismus-Leninismus festzuhalten.

Die Beiträge des vorliegenden Buchs – Referate, die 1977 und 1978 bei zwei Studientagungen gehalten wurden, deren wissenschaftliche Leitung dem Herausgeber oblag – bieten einen wertvollen Dienst zur Orientierung in diesem komplexen politischen Phänomen.

Besonders wichtig ist die aus den Quellen gut belegte Untersuchung von M. Spieker. Er richtet die wohl entscheidende „Gretchenfrage“ an die Adresse der eurokommunistischen Parteien: Wie hältst du's mit der Demokratie, ist sie dir ein prinzipieller Wert oder lediglich ein Mittel zur politischen Machtergreifung? Die Frage, wie weit die Unabhängigkeit der einzelnen Parteien von Moskau reicht, stellt Spieker dagegen zu Recht zurück, denn es gibt genügend Beispiele für sozialistische Staaten, die von der Sowjetunion relativ unabhängig sind, ohne deshalb auf dem Weg zur Demokratie zu sein. Spieker prägt in seiner Analyse den Begriff des „amputierten Pluralismus“, der treffend seine Zweifel an den Demokratiebe-

kenntnissen ausdrückt. „Zahlreiche Äußerungen eurokommunistischer Führer zwingen zu dem Schluß, daß der Pluralismus und das Mehrparteiensystem auf das Spektrum sozialistischer oder den Sozialismus unterstützender Kräfte begrenzt wird . . . und keinesfalls Parteien und Kräfte einschließt, die einen Sozialismus ganz ablehnen“ (53). Eine Analyse des Grundrechtsverständnisses bei den eurokommunistischen Parteien und ihrer Selbsteinschätzung als „Avantgarde“ der fortschrittlichsten Teile der Gesellschaft runden den informativen und kritischen Aufsatz ab.

Die Ausführungen H. Timmermanns richten sich mehr auf die unmittelbaren politischen Konsequenzen einer möglichen Regierungsbeteiligung der Eurokommunisten. Den Haupteinwand sieht Timmermann im Führungsanspruch und im sog. „Demokratischen Zentralismus“ dieser Parteien; undemokratische Prinzipien im ideologisch-organisatorischen Selbstverständnis könnten sich nicht mit der Bejahung echter Pluralität in der Gesellschaft vertragen. Doch meint Timmermann, daß die italienische und spanische Partei sich hier auf dem Wege des Wandels befinden.

Dem Aufsatz von H. Benedikter zu den wirtschaftspolitischen „Visionen“ der eurokommunistischen Parteien fehlt leider jeder Quellenbeleg, so daß er nicht über den Rang einer unverbindlichen Meinungskundgabe hinausreicht.

Ein besonderer Wert dieses Buchs liegt zweifellos in den Beiträgen S. Segres, E. Triana und F. Lazards, der Mitglieder des ZK jeweils der italienischen, spanischen und französischen KP. Wohl in keinem anderen Buch zum Thema findet man die Auffassung der wichtigsten eurokommunistischen Parteien so authentisch wiedergegeben wie in diesem. Der Leser kann sich so selbst einen Eindruck von

der Denk- und vor allem der Argumentationsweise der entsprechenden Parteileitungen verschaffen. In den an die Referate anschließenden Diskussionen wurden diesen Autoren zahlreiche kritische Fragen gestellt. Der Herausgeber war gut beraten, diese Fragen nur kurz zusammengefaßt wiederzugeben, dafür die kommunistischen Vertreter ausführlicher zu Wort kommen zu lassen.

Eine Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der ÖVP, A. Mock, zum Gesamtphänomen des Eurokommunismus und eine Auswahl von neueren Parteidokumenten schließt den lesenswerten Band ab. P. Ehlen SJ

HOEFNAGELS, Harry: *Die neue Solidarität. Ausweg aus der Wachstumskrise*. München: Kösel 1979. 216 S. Kart. 24,-.

Der Untertitel macht deutlich, worum es dem Verfasser geht. Die „Wachstumskrise“, genauer gesprochen die sich uns aufdrängende Erkenntnis, daß wir es uns nicht länger leisten können, in der bisherigen Weise die Umwelt zu verwüsten und die nur in begrenzter Menge vorhandenen „Ressourcen“ (Bodenschätze und namentlich Energieträger) aufzubauchen, daß wir, d. i. die industriell fortgeschrittenen Länder und Völker, diesbezüglich nicht nur Pflichten haben gegenüber den in der Entwicklung zurückgebliebenen, sondern vor allem gegenüber den künftigen Generationen, denen wir eine „wohnliche Erde“ zu hinterlassen haben, auf der sich ein menschliches, tunlichst sogar ein menschlicheres Leben als unser jetziges führen läßt, veranlaßt den Verfasser, nach einem „Ausweg“ zu suchen. Erreicht werden muß schonenderer Umgang mit der uns umgebenden Natur und sparsamerer Umgang mit den „Ressourcen“.

Das ist für jeden vernünftigen Menschen einsichtig; wie aber läßt es sich in die Tat umsetzen? Da stehen wir vor einer Frage, die schon vor Jahrzehnten einmal leidenschaftlich umstritten war; im damaligen Sprachgebrauch lautete sie „Gesinnungsreform oder Zustände-reform“; richtig muß es jedoch „institutionelle Reform“ heißen, denn gemeint ist nicht der unbefriedigende Zustand, zu dem es infolge der bestehenden politischen, sozialen und/oder

ökonomischen Ordnung gekommen ist; reformiert werden soll vielmehr eben jene Ordnung selbst, jener Komplex von Institutionen, die dieses Ergebnis herbeigeführt oder jedenfalls nicht verhindert haben.

Verursacht ist nach Hoefnagels der heutige „Zustand“, d. i. die unverantwortliche Art, wie wir mit unserer Umwelt umgehen, und die verschwenderische Weise, wie wir die knappen Ressourcen aufbrauchen, durch die bestehende Einrichtung unserer Gesellschaft, die sie unfähig mache, „ihre Prozesse auf die Perspektive der Zukunft abzustimmen“. Die Ursache wiederum dafür, daß sie „so eingerichtet ist, diese und keine andere Ordnung hat“ (131), sieht er in der inneren Widersprüchlichkeit einer auf individualistisch verstandene Freiheitsrechte gegründeten Gesellschaft; diese ihre Struktur hindere die Menschen, „zusammen das zu tun, was im Interesse aller liegt“ (132); eine solche bürgerliche Gesellschaft sei das Gegenteil dessen, was sie zu sein beansprucht, eine vernünftige Ordnung der menschlichen Beziehungen (ebd.). Diesen Widerspruch könne man „nicht konstatieren, ohne gleichzeitig die damit verbundene Frage zu stellen: wie soll die Gesellschaft aussehen, die den Forderungen der menschlichen Vernunft entspricht“? (ebd.).

Diese Frage befremdet und läßt den Leser zweifeln, wo denn nun wirklich nach Hoefnagels der entscheidende Fehler liegt, im Bereich der Gesinnung oder im Bereich des Institutionellen, d. i. dessen, was er die „Einrichtung“ dieser Gesellschaft nennt. Wenn ich recht sehe, liegt der Fehler im Gesinnungsmäßigen, d. i. in dem falschen Verständnis der Freiheitsrechte; die Widersprüchlichkeit dagegen liegt weder in dem einen noch in dem anderen, sondern zwischen beiden Bereichen. Dann aber ist nicht die Frage zu stellen: wie muß die Gesellschaft „aussehen“?, sondern ist zu fragen: wie muß das Gesinnungsmäßige, hier also das Verständnis der Freiheitsrechte, berichtigt werden, damit sich darauf „den Forderungen der menschlichen Vernunft entsprechende“ Einrichtungen aufbauen lassen? Genau so verfährt Hoefnagels denn auch tatsächlich. Wie die neue Gesellschaft „aussehen“